



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Schotthöfer, Fritz: Brief aus Moskau

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Brief aus Moskau

Von Fritz Schotthöfer*)

Es ist ein Irrtum, heute nach Rußland zu gehen, um dort bloß die Sowjetrepublik zu suchen. Eine Revolution stürzt nur Formen, sie ändert niemals mit einem Schlag das Wesen eines Volkstums. Im Gegenteil, die neuen Formen des staatlichen oder wirtschaftlichen Lebens werden naturgesetzlich vom Grundcharakter der historischen Wesensart bestimmt werden. Darum ist Sowjet-Rußland eine Autokratie geworden, wie es das zaristische Rußland gewesen war. An Stelle des Zaren regiert heute die kommunistische Partei, die mit ihren vierhunderttausend Mitgliedern eine kaum nennenswerte Minderheit bildet gegenüber den beherrschten 130 Millionen. Sie regiert genau genommen mit den gleichen Mitteln, mit Polizei und Heer. Sie muß freilich da, wo der Zarismus auf traditionelle Untertänigkeit rechnen durfte, mit stärkerem Terror arbeiten. Man hat sich jedenfalls die Frage vorzulegen, ob das russische Volk die neue Despotie hinnehmen würde, wenn diese Form der Staatsgewalt, die sich erst aufzwingen muß, nicht noch einem weit verbreiteten Empfinden entspräche. Gewiß, die bolschewistische Herrschaft wird vom größten Teil der Bevölkerung, vom Bürgertum, von den Gebildeten nur ertragen, nicht einmal mit wirklicher endgültiger Resignation ertragen. Die Resignation, die da ist, entsprang nur den Fehlschlägen aller gegenrevolutionären Versuche. Darum hat man bei den „Burschui“ in Petersburg und Moskau auch harte Urteile über die ungenügende Organisation oder schlechte politische Taktik der Denikin, Judenitsch, Koltshel, Wrangel, die mit ihren Mißerfolgen die Stellung der Bolschewiken nur gestürzt haben. Wenn jetzt Europa die Sowjetvertretung in Genua empfängt, dann geschieht es doch nur, weil die Rote Armee stärker war als alle gegen sie geschickten weißen Armeen. Beständen noch Zweifel, dann würden auch noch Hoffnungen bestehen auf eine mögliche Restauration. Da die Welt nun das aus der Oktoberrevolution hervorgegangene Regime mindestens de facto anerkennt, bleibt den Russen in Rußland selbst nur übrig sich damit abzufinden. Das wird ihnen erleichtert, wenn es den Sowjetmännern tatsächlich gelingt, den wirtschaftlichen Wiederaufbau durchzuführen. Denn so wenig die gewaltigen rein politischen Probleme in Rußland sich ins Unendliche vertagen lassen, so sicher ist es auch, daß zunächst die Sorge um das zerrüttete Wirtschaftsleben alles beherrscht. Man will zuerst leben, und aus mehr als einem bürgerlichen Munde hörte ich in Rußland die Äußerung: „Die Sowjets sind die einzige starke Hand, sind sie imstande, den Wiederaufbau zu organisieren, dann sollen sie es tun.“

Damit wird die andere gefühlsmäßige Grundlage angedeutet, aus der die vorläufige Resignation der Nichtbolschewisten erwuchs: „Die Furcht vor der Anarchie, die das Verschwinden der kommunistischen Autokratie im Gefolge haben würde. An die Restauration des Zarismus denkt ernsthaft niemand. Der letzte Vertreter hat ihn mit seiner persönlichen Charakterschwäche zu sehr in Mißkredit gebracht. Der Zarismus hat auch das Land in den verlorenen Krieg gestürzt. Aber rein soll das demokratische Regime aussehen, das heute das Bürgertum und die rechtsstehenden Arbeitermassen heimlich wünschen? Ist Rußland dazu reif mit seiner dünnen großbürgerlichen Oberschicht und den breiten Massen der Bauern und Arbeiter, die keineswegs einen einheitlichen Willen haben? Würde es möglich sein, auf den zerklüfteten Parteilungen eine starke Regierung aufzubauen, die den ungeheuren Aufgaben von

*) Wegen Raummangels bisher zurückgestellt.

heute und morgen gewachsen wäre? Wer nicht hypothetische Geschichte schreiben will, muß sich mit solchen Fragen begnügen. Es ist Sache der Führer der russischen Demokratie diese Antwort zu geben, denn die Antwort kann allein durch die Tat gefunden werden. Zur Tat gehört aber auch Mut der Verantwortung, der nur aufgebracht werden kann, wenn er an seinen Erfolg glaubt. Als ausländischer Beobachter, der unbefangen urteilen will, kann man sich nur an die Erfahrungen des Jahres 1917 halten. Die Februarrevolution, die den Zaren entthronte, war das Werk einer demokratisch fundierten Koalition, in der sich Bürgertum und Arbeiter zusammenfanden. Diese Koalition war unfähig, die zwei großen Gebiete der Stunde zu erkennen und zu befolgen, den Friedensschluß und die Lösung der Landfrage. Sie verzehrte sich in Unschlüssigkeit. Die „Doppelregierung“ der Räte, die spontan aus dem Boden geschossen war, gewann doch nur Kraft in dem Maße, als die offizielle provisorische Regierung an ihrer inneren Schwächlichkeit versank. Die Bolschewiken hatten die gewaltige Bedeutung der beiden Hauptfragen richtig empfunden. Sie nutzten sie aus, sie eroberten damit die Rätemacht, und der Gewaltakt der Oktoberrevolution war sozusagen nur noch notwendig, um die Regierungsmaschine in die Hand zu nehmen. Man kann ruhig sagen, Rußland ist in die Autokratie zurückgefallen, weil es unfähig war, unreif, sich ein funktionsfertiges demokratisches Regime zu schaffen. Mit ihrem Austritt aus der provisorischen Regierung haben die Kadetten dieses Bekenntnis abgelegt. Ein Verzicht ist immer ein Eingeständnis der eigenen Schwäche. Auch die übergroße taktische Kadettische Klugheit, die Bolschewiken zur Regierung zuzulassen, um sie durch die Praxis ad absurdum zu führen, war in jener kritischen Zeit nur Verschleierung des Unvermögens, selbst die Führung zu übernehmen.

Das sieht aus, als wollte man dies Aufkommen der „Diktatur des Proletariats“ wie eine moralisch begründete Erscheinung rechtfertigen. Es kann sich aber nur darum handeln, die Entwicklung aus ihren Ursachenreihen zu erklären. Der geschichtliche Prozeß der russischen Revolution war im Sinne Hegels vernünftig. In der Dynamik jener Vorgänge lag etwas naturgesetzlich Notwendiges. Die Bolschewiken wurden davon emporgetragen. Ihre historische Verantwortlichkeit war mit der rein politischen Opposition gegen die provisorische Regierung, mit der sie begannen, bereits von ihnen übernommen. Aber sie wurde erst voll, als die ganze Staatsmacht in ihrem Besitze war.

Was haben die Bolschewiken mit ihrem Pfunde angefangen?

„Wir sind nie Utopisten gewesen und haben uns nie eingebildet, einmal die kommunistische Gesellschaft mit den blitzblanken Händchen blitzblanker Kommunisten aufzubauen, die in einer rein kommunistischen Gesellschaftsordnung geboren und erzogen sind. Das sind Kinderfabeln. Wir sind gezwungen, den Kommunismus auf dem Schutt und den Trümmern des Kapitalismus aufzubauen, und nur diejenige Klasse vermag dieses Werk zu vollbringen, deren Kräfte im Kampf mit dem Kapitalismus gestählt sind. Das Proletariat ist von den Schwächen nicht frei, die der kapitalistischen Gesellschaft anhaften. Es ringt um den Sozialismus und gegen seine eigenen Schwächen.“ So sprach Lenin im Frühjahr 1919 auf dem Parteitage der Kommunisten. Wir sind keine Utopisten! Der ganze theoretische Marxismus, den die Bolschewiken am reinsten zu verkörpern glauben, hat immer nur Hohn für die gutmütigen älteren Utopienschreiber gehabt. Die russischen Bolschewiken blickten im Vertrauen auf ihren Marxismus lächelnd herab auf die benachbarte Partei der Sozialrevolutionäre, die vom Attentat und vom Puttschismus das Heil erwarteten. Die Bolschewiken wußten, was Marx über die Unmöglichkeit einer plötzlichen Hervorzauberung des kommunistischen Gemeinwesens gesagt hatte. Aber hier setzt ihre moralische und geschichtliche Verantwortung in aller Schärfe ein. Hier beginnt das Unrecht, das ihnen der Reformismus der gesamten europäischen Arbeiterwelt zum Vorwurfe macht. Die Frage ist durch die berühmte Polemik Kautsky-Trotsky nicht eindeutig beantwortet worden: Haben die Bolschewiken die politische Macht zu früh ergriffen? Denn

Kautsky redete theoretisch und Trotzky verteidigte etwas, was noch nicht fertig war. Es ist kein Zweifel, daß die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung Rußlands nicht auf jenem Punkte angelangt war, in dem der Kapitalismus sich selbst aufhebt. Was die Bolschewiken dann mit den Gewaltmitteln der ergriffenen Staatsmacht taten, um die Entwicklung zu fördern, war aber eine Störung der natürlichen Entwicklung. Und alles, was sie in dieser Richtung taten, müssen sie heute wieder abbauen. Die Überschätzung der schöpferischen Kraft einer Revolution, darin lag ihre Utopie. Ihre Regierung war keine Verwaltung, die sich ausschließlich auf das Tatsächliche, auf alle vorhandenen Kräfte stützt, um das Beste zu schaffen, das der Augenblick der Not erfordert. Sie war der Versuch, die Marxsche Ideologie zu verwirklichen, trotz der Warnungen des Meisters vor Verkennung der ökonomischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen einer erfolgreichen Revolution.

Wenn man mit führenden Leuten in Sowjet-Rußland redet, hört man oft: „Die Zeit des „Kriegskommunismus“ ist vorüber, darum können und müssen wir jetzt eine andere Politik machen.“ Kriegskommunismus bedeutet in diesem Zusammenhang den ganzen Komplex von Verstaatlichungen, Nationalisierungen, Sozialisierungen, Konfiskationen, Zwangsbewirtschaftung, die in den Jahren 1918 bis 1920 durchgeführt wurden. Das Wort Kriegskommunismus klingt dann wie eine Entschuldigung. Alle diese Maßnahmen wären nach dieser Auffassung unerläßliche Notwendigkeiten gewesen, die der Bürgerkrieg erforderte, die ohne diesen nicht ergangen wären. Das trifft in manchem zu. Wir wollen die Frage ausscheiden, wer die Schuld trug am Bürgerkrieg, die Revolution oder die Gegenrevolution. Der Erfolg hat für die Bolschewiken gesprochen, obgleich es offensichtlich ist, daß die Gegenrevolution nicht so leicht entstanden wäre, wenn die Bolschewiken in ihrer inneren Zwangswirtschaft sich auf die reinen „Kriegsnotwendigkeiten“ des Bürgerkrieges beschränkt hätten. Hier lag doch auch der elementare Impuls der Arbeiterbewegung zugrunde, die aus der anfänglichen Fabrikkontrolle zur Enteignung der Kapitalisten führte. Die Bolschewiken haben, um ihre Herrschaft zu stützen, auch die landlosen und mittleren Bauern in ihrer Ergreifung des Großbesitzes bestärkt. Die Marxsche Ideologie, die über jedem Regierungsakt schwebt, und der Wille, sich die politische Macht um jeden Preis zu erhalten, bilden noch heute stärkste Hemmnisse für die Entfaltung einer resoluten, zweckmäßigen Verwaltungspolitik des herrschenden Regimes. Wenn im Sommer 1917 die provisorische Koalitionsregierung an ihrer Unschlüssigkeit zugrunde ging, dann stehen die Bolschewiken heute vor einer ähnlichen Situation. Auch für sie gibt es ein Gebot der Stunde, dem sie nicht enttrinnen können. Das ist der wirtschaftliche Wiederaufbau. Werden sie sich jeden Restes ihrer Ideologie entschlagen und nur unmittelbar praktische Politik treiben oder lassen sie ihre Aktion noch ferner von den Blässen Marxistischer Gedanken ankränkeln? Das ist die entscheidende Gewissenserforschung, die sie anzustellen haben.

Der Abbau des Kommunismus, der seit einem Jahre begonnen hat, war von den praktischen Notwendigkeiten ebenso erzwungen wie der „Kriegskommunismus“. Mangel an Rohstoffen fordert die Rationierung, Beseitigung des Mangels gibt Raum für Freiheit der Produktion. Das ist in zwei Worten der Sinn der offiziellen Rechtfertigungen für die „neue Wirtschaftspolitik“. In Wirklichkeit haben die Mängel der Organisation die Bande der Wirtschaft gelockert. Eine sorgfältige historische Untersuchung mag einmal die Scheidelinie ziehen zwischen dem, was die Bolschewiken ausschließlich aus Kriegsnotwendigkeit und was sie aus ihrem kommunistischen Staatsideal heraus getan haben und noch tun. Heute verschwinnt noch alles in der „Taktik“ der Sowjetregierung, die sich den Umständen anpaßt, nachdem die Hoffnung auf die Weltrevolution zu den Akten gelegt werden mußte. Das ferne Endziel wird nicht aufgegeben. In den Reden der Führer erscheint der „neue Kurs“ wie ein Umweg über kapitalistisches Gebiet, das nicht überflogen werden kann. Vieles darin mag rein parteitaktisch zu verstehen sein. Denn die Arbeitermassen mögen einsehen, wie unmöglich es ist, das Ideal sofort zu verwirklichen. Aber sie fürchten, daß auf

dem Umwege auch die positiven Errungenschaften der Diktatur des Proletariats in bezug auf Arbeiterschutz und Löhne wieder verloren gehen können, überhaupt die mächtige Position, die die Gewerkschaften im Wirtschaftsleben sich geschaffen haben. Diese Last liegt noch schwer auf dem ganzen System der Freigabe von Fabrikbetrieben in Form von Pachten. Auch die großen Konzessionen an das fremde Kapital finden in den Forderungen der Arbeiter ernste Schwierigkeiten. Dieser Ballast des „neuen Kurses“ wird nicht leicht abzuwerfen sein. Er kann seine niederziehende Schwere nur verlieren, wenn die Wiedereinführung kapitalistischer Methoden eine tatsächliche Verbesserung der gesamten Lebensbedingungen der Arbeiterklasse bringt. Im Zusammenhang steht das Problem der ungeheuerlichen Preissteigerungen, die sich aus der zerrütteten Währung, aus dem verfallenen Transportwesen, aus dem Mangel an Rohstoffen und vor allem aus der gesunkenen Produktivität der Arbeitsleistung ergibt. Und weiter wird zu überlegen sein, ob das System des staatlichen Außenhandelsmonopols sich aufrecht erhalten läßt. Hier sprechen freilich Überlegungen mit, die auch ein nichtbolschewistisches Regime sich zu eigen machen müßte. Denn Rußlands Volkswirtschaft kann nach den Erschütterungen des Krieges ebensowenig die absolute Freiheit des Außenhandels ertragen wie jene der westlichen Länder, die heute noch alle mit schärfsten Augen die Ein- und Ausfuhr überwachen müssen.

Die geistigen Führer des Sowjetstaates haben den Weg wohl erkannt, auf dem die Rettung liegt. Daran ist nicht zu zweifeln. Sie sind bereit, das Notwendige zu tun, das der Wiedereintritt Rußlands in die Weltwirtschaft und in die Völkerrechtsgemeinschaft fordert. Aus der Perspektive der Weltrevolution, die sie zuerst zur Spaltung des Weltproletariats verleitete, lenken sie ein in eine Ausöhnung mit den rechtsstehenden Arbeiterparteien — wenigstens international — um sich die moralische und politische Unterstützung des Weltproletariats zu sichern. Vielleicht wird auch dabei noch zuviel von „Taktik“ geredet, um restloses Vertrauen entstehen zu lassen. Die Sowjets lenken ein in die Verständigung mit den kapitalistischen Weststaaten, in denen sie bisher ihre stärksten Feinde erblickten. Und aus diesen Bedürfnissen heraus treiben sie auch eine Friedenspolitik, an deren Aufrichtigkeit nur zweifeln kann, wer nicht sieht, daß die Erhaltung des Friedens die Voraussetzung dafür ist, daß die Sowjetregierung in Rußland selbst ihre Stellung erhält und befestigt. Mit dem Wiederaufleben der russischen Wirtschaft wird aber auch das politische Leben selbst sich wieder regen. Die Gesellschaftsschichten, die heute am Boden liegen, werden wieder erstarben. Dann erst beginnt für die kommunistische Partei und ihre Diktatur der eigentliche Kampf um die Existenz. Er muß nicht mit Gewaltmitteln geführt werden, wenn die Sowjets die Zeichen der Zeit verstehen, wie sie sie auf dem wirtschaftlichen Gebiet verstanden haben. Dazu aber muß die Staatsdoktrin aus dem Materialismus des Marxismus hinübergeleitet werden ins Reich der sittlichen Werte, die sich heute im fernem Zukunftsideal des Kommunismus schwach erkennen lassen. Sowjetrußland muß den Anschluß finden an alles, was aus dem alten Rußland an lebendigen Kräften vorhanden ist.